



Erzbistum Berlin

Diözesanrat der Katholiken
im Erzbistum Berlin

Diözesanrat, Niederwallstr. 8-9, 10117 Berlin

Ergebnisprotokoll der Sitzung der Vollversammlung des Diözesanrates der Katholiken im Erzbistum Berlin am 21. März 2009 im Gemeindezentrum der Herz-Jesu-Gemeinde Berlin-Charlottenburg

Anwesend: siehe Liste (wird auf Wunsch nachgereicht)

Es war mit folgender Tagesordnung eingeladen worden:

1. Schwerpunktthema „Bedingungsloses Grundeinkommen – Utopie oder konkrete Vision?“
2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 13. September 2008
3. Bericht des Vorstands
4. Anfragen an den Vorstand
5. Wahlen
6. Informationen zu geplanten Gottesdiensten und Veranstaltungen anlässlich des Jubiläums 20 Jahre Mauerfall
7. Planung einer Gedenkveranstaltung am 24. Juni 2009 zum 75. Todestag von Dr. Erich Klausener
8. Bericht aus dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken
9. Anträge
10. Verschiedenes

Herr Klose eröffnet die Sitzung der Vollversammlung, dankt Herrn Dompropst Dr. Dybowski für seine Impulse in der Predigt während des vorangegangenen Gottesdienstes und begrüßt die Mitglieder des Diözesanrates sowie Herrn Böer, Präses der Landessynode der EKBO, und die Referenten, Herrn Professor Dr. Juckenack und Herrn Dr. Kluckert. Herr Klose stellt weiterhin die neuen Mitglieder der Vollversammlung, Frau Ahrens, Frau Fischer und Herrn Tacke, vor.

Herr Präses Böer spricht ein Grußwort, in dem er für die gute Zusammenarbeit zwischen Diözesanrat und Landessynode – sowohl auf Vorstands- als auch auf Ausschussebene – dankt. Er geht auf den bevorstehenden Volksentscheid über den Wahlpflichtbereich Ethik/Religion am 26. April 2009 ein, dessen Ergebnis er eine weit über Berlin hinausgehende Bedeutung beimisst, und informiert über die Schwerpunktthemen der Frühjahrstagung (Schulstiftung; Klimaschutz) und der Herbsttagung der Synode (Migration und Integration) und lädt den Diözesanrat zugleich zur Mitwirkung bei der Synodaltagung vom 11. bis 14. November 2009 ein. Im Hinblick auf die bei der Tagung vom 14. bis 16. Mai 2009 stattfindende Bischofswahl nennt er die Kandidaten und erklärt, dass es bisher noch keinen Favoriten gebe. Herr Klose dankt Herrn Böer für sein Grußwort und besonders auch für seine Einladung zur Mitwirkung bei der Herbstsynode.

Herr Klose weist auf die Sammlung für das Maximilian-Kolbe-Werk hin, die während der Vollversammlung durchgeführt werden soll. Frau Herdemerten informiert über geplante Begegnungsaufenthalte mit KZ-Überlebenden in Bad Saarow, die davon u. a. mit finanziert werden könnten.

Zur vorgeschlagenen Tagesordnung gibt es einen Änderungsantrag von Herrn Jöris. Bei vier Gegenstimmen und vier Enthaltungen beschließt die Vollversammlung, den TOP 9 (Anträge) vorzuziehen und unmittelbar noch TOP 4 zu behandeln. Mit dieser Änderung wird die Tagesordnung von der Vollversammlung angenommen. Herr Klose stellt fest, dass die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung gegeben ist.

TOP 1:

Frau Dr. Schneider führt in den thematischen Teil der Vollversammlung ein und erteilt zuerst Herrn Professor Dr. Juckenack, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Technologie und Arbeit, Thüringen, das Wort. Er plädiert in seinem Referat für ein bedingungsloses Grundeinkommen nach dem Modell des Solidarischen Bürgergelds, wie es vom thüringischen Ministerpräsidenten Althaus entwickelt wurde. Er verspricht sich davon einen deutlichen Bürokratieabbau und eine Freisetzung von bisher gebundenen Kapazitäten für sinnvolle Tätigkeit. Die Bürger erhielten mit der Basisabsicherung die Freiheit, sich auch im Bereich unentgeltlicher Arbeit stärker zu engagieren. Schwarzarbeit würde weniger attraktiv sein. Ein Systemwechsel hin zum Solidarischen Bürgergeld erscheint Herrn Professor Juckenack dringend notwendig, weil das derzeitige System immer mehr an seine Grenzen kommt und irgendwann nicht mehr funktionieren wird.

Herr Dr. Kluckert, Abgeordneter der FDP im Berliner Abgeordnetenhaus, vertritt dagegen die Auffassung, dass das bedingungslose Grundeinkommen keine Antwort auf die vorhandenen gesellschaftlichen Probleme ist. In seinem Referat legt er dar, dass das bedingungslose Grundeinkommen aus seiner Sicht nicht vereinbar ist mit den Prinzipien der Katholischen Soziallehre. Hauptkritikpunkte sind für ihn, dass jeder das bedingungslose Grundeinkommen erhalten solle, ob er arbeitet oder nicht, ob er mit seinen Fähigkeiten etwas zum Gemeinwohl beiträgt oder nicht, und dass die Befähigung zur Selbsthilfe in diesem System in den Hintergrund gerückt werde. Herr Dr. Kluckert nennt das bedingungslose Grundeinkommen eine Stilllegungsprämie, weil es den Anreiz biete, nichts zu tun. Menschliche Innovationspotentiale würden stillgelegt, was gefährlich für die Gesellschaft sei; die Arbeit sei nicht mehr existentiell und würde damit entwertet.

In der nachfolgenden Diskussion äußern sich einige Mitglieder der Vollversammlung sehr skeptisch im Hinblick auf einen Systemwechsel hin zum bedingungslosen Grundeinkommen, zugleich wird von dem meisten jedoch betont, dass das gegenwärtige System dringend einer Reform oder eines Umbaus bedürfe. Andere Mitglieder erkennen im System des bedingungslosen Grundeinkommens Chancen für die Gesellschaft; genannt werden die stärkere Wertschätzung der ehrenamtlichen und Familienarbeit, die damit verbundene Armutsprävention und die Achtung der Würde des Menschen, die im derzeitigen System bei der Bedürftigkeitsprüfung gelegentlich verletzt werde. Angeregt wird, als ersten Schritt auf ein bedingungsloses Grundeinkommen hin eine bedingungslose Kinderabsicherung einzuführen.

Herr Klose dankt den Referenten und den Mitgliedern der Vollversammlung für ihre Beiträge. Um den weiteren Umgang mit dem Thema zu klären, werde in der Mittagspause ein diesbezüglicher Initiativantrag erarbeitet, über den dann unter dem TOP Anträge abgestimmt werden soll. Herr Klose bittet Herrn Staatssekretär Prof. Juckenack, Grüße an Ministerpräsident Althaus zu übermitteln.

TOP 2:

Das Protokoll der Vollversammlung am 13. September 2008 wird von den Mitgliedern der Vollversammlung in der vorliegenden Fassung genehmigt.

TOP 3:

Eine Übersicht über Themen des Berichts aus dem Vorstand ist dem Protokoll beigelegt (s. Anlage 1). Herr Klose geht im Rahmen der Vollversammlung auf einige Themen näher ein (s. Anlage 2).

TOP 4:

Anfragen an den Vorstand liegen nicht vor.

TOP 9 (vorgezogen):

Herr Kanthack teilt mit, dass zusätzlich zu den drei vorliegenden Anträgen noch ein Initiativantrag zur weiteren Befassung mit der Thematik des Grundeinkommens zu behandeln ist. Er spricht sich dafür aus, die Behandlung der Anträge in der Reihenfolge des Antragseingangs vorzunehmen. Als erster Antrag wird daher von ihm der Antrag von Vertreterinnen und Vertretern einiger Verbände zur Akzeptanz der Katholischen Sonntagszeitung und ihres Herausgebers Dr. Dirk Hermann Voß, Augsburg, aufgerufen, den für die Antragsteller Herr Jöris anschließend vorstellt.

Nach ausführlicher Diskussion wird über einen Vorschlag von Herrn Zeller auf Antrag von Herrn Tacke abgestimmt, nur den letzten Absatz des Antrages der Verbände zum Beschluss-text der Vollversammlung zu machen und die übrigen Absätze als Begründung dazu anzusehen und darunter zu setzen. Bei drei Enthaltungen wird dieser Vorschlag von der Vollversammlung angenommen.

Im Anschluss daran wird über die von Frau Fiala beantragte Streichung des Satzes *„Es steht keinem Deutschen gut an und schon gar nicht einem katholischen deutschen Publizisten, das Recht auf Sicherheit des Staates Israel und seiner Bürger faktisch zu bestreiten“* abgestimmt. 26 Mitglieder der Vollversammlung sprechen sich für eine Streichung dieses Satzes aus, 17 sind dagegen, elf enthalten sich der Stimme. Damit wird die Änderung angenommen.

Herr Kanthack stellt den gesamten Antrag in der veränderten Fassung zur Abstimmung, der bei einer Enthaltung ohne Gegenstimmen einstimmig von der Vollversammlung beschlossen wird (Beschluss s. Anlage 3).

Als zweiter Antrag wird der Antrag des Vorstands für eine Erklärung zur anhaltenden Diskussion um die Rücknahme der Exkommunikation der vier zur Pius-Bruderschaft gehörenden Bischöfe der Vollversammlung zur Diskussion gestellt. Herr Klose begründet den Antrag.

Herr Dr. Salm begrüßt den Antrag und regt zugleich eine Änderung an: Das Attribut *„antisemitisch“* im 4. Absatz soll ersetzt werden durch *„antijüdisch“*. Dem stimmt der Vorstand als Antragsteller sofort zu.

Anschließend wird von Herrn Wilke ein Änderungsantrag, der von Vertretern verschiedener Verbände unterstützt wird, vorgestellt. Danach soll am Ende des ersten Absatzes der Teilsatz *„und im jüdischen Volk alte Wunden neu aufgerissen wurden“* ergänzt werden. Im zweiten Absatz soll der letzte Teilsatz mit der Formulierung *„denn ‚die Gaben und Berufung Gottes nämlich sind ohne Reue‘ (LG 8)“* gestrichen werden. Außerdem soll der letzte Absatz um den folgenden Satz ergänzt werden: *„Die von Papst Johannes Paul II. bei seinem Besuch in der Synagoge in Rom im Jahre 1986 gewählte Anrede der Juden als bevorzugte und ältere Brüder (und Schwestern) im Glauben ist für den Diözesanrat nicht nur bloßer Ehrentitel, sondern Verpflichtung zu liebevoll, respektvollem Umgang miteinander.“*

Auf Antrag von Herrn Zeller wird zunächst jeweils über die einzelnen Absätze dieses Antrages separat diskutiert und abgestimmt.

Beim 1. Absatz folgt die Vollversammlung dem Änderungsantrag von Herrn Wilke: Die große Mehrheit spricht sich für eine Ergänzung des Absatzes wie vorgeschlagen aus. Beim 2. Absatz folgt die Vollversammlung ebenfalls mit Mehrheit dem Antrag von Herrn Wilke, den letzten Halbsatz zu streichen, nachdem ein weitergehender Antrag von einem Mitglied der Vollversammlung, der darauf abzielte, den gesamten letzten Satz zu streichen, abgelehnt worden war. Der 3. Absatz wird unverändert von der Vollversammlung übernommen. Beim 4. Absatz wird, wie eingangs von Herrn Dr. Salm vorgeschlagen, das Attribut *„antisemitisch“* durch *„antijüdisch“* ersetzt; außerdem beschließt die Vollversammlung mit Mehrheit, den 4. Absatz ohne Leerzeile direkt an den vorangehenden Absatz anzufügen. Beim 5. Absatz des Antrages des Vorstandes folgt die Vollversammlung nach intensiver Diskussion mit Mehrheit einem Änderungsantrag von Frau Fischer, die folgende Formulierung für diesen Absatz vorgeschlagen hatte: *„Die Rücknahme der Exkommunikation hat zur Verunsicherung vieler Menschen innerhalb und außerhalb der katholischen Kirche über den Kurs der Kirche geführt und Zweifel an der eindeutigen Orientierung der Kirche an den Beschlüssen des II. Vatikanischen Kon-*

zils genährt.“ Zuvor hatte die Vollversammlung die völlige Streichung dieses Absatzes sowie die Verkürzung des von Frau Fischer vorgeschlagenen Textes in entsprechenden Abstimmungen mehrheitlich abgelehnt. Beim 6. Absatz des Antrages spricht sich die Vollversammlung mit großer Mehrheit gegen die von Frau Dr. Schneider beantragte Streichung des Textes aus. Sie folgt dagegen mit Mehrheit einem Änderungsantrag von Herrn Streich, der sich dafür eingesetzt hatte, den 2. Satz dieses Absatzes durch folgenden zu ersetzen: „*Wir bitten deshalb den Erzbischof von Berlin, sich in Rom gemeinsam mit anderen deutschen Bischöfen für die weitere konsequente Umsetzung des Zweiten Vatikanischen Konzils einzusetzen.*“ Bei der Abstimmung über den 7. Absatz des Antrages lehnt die Vollversammlung die mit dem Änderungsantrag von Herrn Wilke geforderte Ergänzung des Textes um einen Satz mit großer Mehrheit bei neun Nein-Stimmen und drei Enthaltungen ab.

Herr Kanthack stellt den gesamten Antrag in der veränderten Fassung zur Abstimmung, der bei zwei Enthaltungen ohne Gegenstimmen einstimmig von der Vollversammlung beschlossen wird (Beschluss s. Anlage 4).

Als dritter Antrag wird der Antrag des BDKJ zur Besetzung freier Stellen für die Dekanatsjugendpastoral zur Diskussion gestellt. Herr Weber begründet den Antrag. Nach kurzer Diskussion lässt Herr Kanthack über diesen Antrag abstimmen. Er wird bei einer Enthaltung von der Vollversammlung einstimmig angenommen (Beschluss s. Anlage 5).

Als vierter Antrag wird der bereits angekündigte Initiativantrag zur weiteren Befassung mit der Thematik des Grundeinkommens, der von Vertreterinnen und Vertretern des BDKJ und der KAB erarbeitet worden ist, eingebracht. Frau Moser stellt den Antrag vor (s. Anlage 6). Herr Klose bekundet seine Bereitschaft, eine eventuelle Ad-hoc-Arbeitsgruppe, die sich weiter mit der Thematik befasst, zu leiten.

Nach ausführlicher Diskussion erklärt sich Herr Weber für die Antragsteller damit einverstanden, die Anstriche mit den entsprechenden Textzeilen aus dem ersten Absatz – wie mehrfach von verschiedenen Mitgliedern der Vollversammlung gewünscht – herauszunehmen.

Darüber hinaus stellt Herr Oehmicke einen Antrag zur Änderung des 2. Absatzes, der wie folgt lauten soll: „*Der Diözesanrat überweist die Thematik an den zuständigen Sachausschuss mit dem Auftrag, zusammen mit dem Vorstand einen Entwurf für eine Positionierung vorzulegen.*“ Für diese Änderung sprechen sich 22 Mitglieder aus, gegen die Änderung 25 Mitglieder. Damit ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Herr Kanthack stellt den Gesamtantrag zur Abstimmung, der mit 28 Ja-Stimmen gegen 13 Nein-Stimmen von der Vollversammlung angenommen wird (Beschluss s. Anlage 7).

TOP 5:

Frau Rodloff schlägt folgende Personen für die Wahl in den Wahlausschuss vor: Frau Maus, Herrn Heyduck und Herrn Moser. Die vorgeschlagenen drei Personen werden von der Vollversammlung per Akklamation in den Wahlausschuss gewählt.

WAHL EINES MITGLIEDS IM DIÖZESANVERMÖGENSVERWALTUNGSRAT (DVR)

Für die Wahl in den Diözesanvermögensverwaltungsrat kandidiert Herr van Schewick. Frau Oellerich hat ihre Kandidatur am 20. März 2009 zurückgezogen. Somit ist Herr van Schewick der einzige Kandidat. Er stellt sich vor und informiert über die Schwerpunkte der Arbeit des DVR, dem er bereits in den vergangenen Jahren angehörte. Herr Langen beantragt gemäß § 8 Nr. 7.1 der Geschäftsordnung, die Wahlen geheim durchzuführen. Dem stimmt die Vollversammlung zu.

Abgegebene Stimmen:	44	Ja-Stimmen:	33
Gültige Stimmen:	44	Nein-Stimmen:	10
Ungültige Stimmen:	0	Enthaltungen:	1
Notwendige Mehrheit:	23 Stimmen		

Somit ist Herr van Schewick gewählt. Er nimmt die Wahl an.

WAHL DER VERTRETERIN / DES VERTRETERS IN DIE DELEGIERTENVERSAMMLUNG DES CARITASVERBANDES FÜR DAS ERZBISTUM BERLIN E.V.

Für die Wahl in die Delegiertenversammlung des Caritasverbandes kandidieren Frau Kleinelanghorst und Herr Dr. Fey. Sie stellen sich vor und erläutern ihre Motivation für die Kandidatur. Anschließend erfolgt die Wahl in geheimer Abstimmung.

Abgegebene Stimmen:	45	Es entfallen auf:	
Gültige Stimmen:	45		
Ungültige Stimmen:	0	Frau Dr. Kleinelanghorst:	16 Stimmen
Notwendige Mehrheit:	23 Stimmen	Herrn Dr. Fey:	28 Stimmen

Somit ist Herr Dr. Fey gewählt. Er nimmt die Wahl an.

TOP 6:

Herr Ditz informiert die Mitglieder der Vollversammlung wie folgt:

- Geplant ist die Feier eines Gedenkgottesdienstes zum Jubiläum 20 Jahre Mauerfall im Umfeld des 9. November 2009, voraussichtlich am 8. November, um 17 Uhr im Berliner Dom. Unklar ist noch, was auf Bundesebene geplant wird. Das muss für die Berliner Planungen noch abgewartet werden. Dem Vernehmen nach soll eine zentrale Gedenkveranstaltung am Vormittag des 9. November stattfinden.
- Die Nacht der offenen Kirchen am 31. Mai / 1. Juni 2009 nimmt sich auch des Themas an. Sie wird eröffnet mit einem ökumenischen Pilgerweg von St. Michael/Kreuzberg über St. Michael/Mitte zum Berliner Dom.
- Der Geschäftsführende Ausschuss des Diözesanrats hat entschieden, die Sitzung der Vollversammlung am 10. Oktober 2009 zum Thema „20 Jahre Mauerfall“ durchzuführen. Die Sitzung soll dem Thema gemäß in örtlicher Nähe der ehemaligen Berliner Mauer stattfinden, und zwar im EJF-Lazarus-Diakoniezentrum Berlin-Mitte an der Bernauer Straße. Sie soll abgeschlossen werden mit einem ökumenischen Gottesdienst in der Versöhnungskapelle, die an der Stelle der 1985 von den DDR-Grenztruppen gesprengten Versöhnungskirche auf dem ehemaligen Todesstreifen errichtet wurde.

TOP 7:

Herr Ditz informiert über die Planung einer Gedenkveranstaltung für Dr. Erich Klausener am 24. Juni 2009 in Hoppegarten, für die der in der Pfarrgemeinde St. Georg Dahlwitz-Hoppegarten bestehende Freundeskreis Dr. Erich Klauseners die Initiative ergriffen hatte. Anlass ist das 75jährige Jubiläum der Rede Klauseners an diesem Ort auf dem damaligen Märkischen Katholikentag am 24. Juni 1934, die wahrscheinlich ein ausschlaggebender Grund für seine wenige Tage später erfolgte Ermordung durch die Nationalsozialisten war. Vorgesehen ist im Rahmen der geplanten Veranstaltung die Umbenennung des Vorplatzes der Radrennbahn nach Klausener. Das Erzbistum Berlin hat eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung gebildet, in der der Diözesanrat mitarbeitet.

TOP 8:

Herr van Schewick berichtet von der letzten Vollversammlung des ZdK am 21./22. November 2008: Schwerpunkt war die Verabschiedung der Erklärung „Schöpfungsverantwortung wahrnehmen – jetzt handeln!“. Zweiter wichtiger Punkt war die Wahl der 45 Einzelpersonlichkeiten, welche die Vertreter aus den Diözesanräten sowie aus den Verbänden und Organisationen ergänzen. Von den aus dem Erzbistum Berlin Vorgeschlagenen wurden folgende Personen gewählt: Frau Mensink sowie die Herren Dr. Frey, Dr. Jüsten, Pater Mertes SJ und Dr. Thierse. Bei der nächsten Vollversammlung des ZdK, die vom 8./9. Mai 2009 in Berlin stattfindet, erfolgt die Neuwahl des ZdK-Präsidenten. Als Kandidaten seien bisher Herr Dr. Kues,

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Herr Brockmann, Staatssekretär im Hessischen Kultusministerium, und Herr Dr. Thierse, Vizepräsident des Deutschen Bundestags, im Gespräch.

TOP 10:

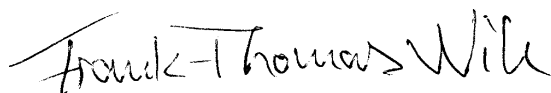
Frau Funke gibt einige Hinweise zur Vorbereitung auf den Volksentscheid über den Wahlpflichtbereich Ethik/Religion am Sonntag, 26. April 2009. So ruft sie dazu auf, die Möglichkeiten der öffentlichen Stellungnahme zum Thema, z.B. in Form von Leserbriefen an Tageszeitungen, zu nutzen und potentielle Wähler auf die Briefwahl aufmerksam zu machen. Die Teilnahme am Volksentscheid sollte für alle Christen selbstverständlich sein. Weiterhin informiert sie darüber, dass der geplante Pro-Reli-Aktionslauf am 18. April 2009 und nicht (wie ursprünglich geplant) am 28. März 2009 stattfinden wird. Frau Dr. Abmeier weist auf eine Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung zum Thema mit dem Titel „Wo bleibt Gott?“ am 20. April 2009 hin. Außerdem informiert sie über ein Projekt für eine Broschüre, in der Äußerungen von Prominenten und anderen Zeitgenossen gesammelt werden sollen, die zum Ausdruck bringen, warum sie für Pro Reli eintreten.

Herr Streich informiert über das Berliner Fest der Kirchen am 4. Juli 2009 und weist auf den Evangelischen Kirchentag in Bremen vom 20. bis 24. Mai 2009 hin. Frau Fiala macht darauf aufmerksam, dass die „Frauenkirche“ im April ausnahmsweise nicht am 2., sondern am 3. Sonntag des Monats, also am 19. April, um 18 Uhr stattfindet. Frau Maus weist auf den von der kfd mit vorbereiteten ökumenischen Kreuzweg am 6. April 2009 hin, der um 17 Uhr vor der evangelischen Dorfkirche Alt-Reinickendorf beginnt.

Zum Abschluss wird das Ergebnis der Sammlung für das Maximilian-Kolbe-Werk bekanntgegeben. Es wurden 714,00 Euro gespendet.

Herr Klose bittet alle, die bereit sind, in der AG zum Thema Grundeinkommen mitzuarbeiten, sich bei ihm per Mail zu melden. Er schließt die Vollversammlung und dankt allen Mitgliedern des Diözesanrates für ihre engagierte Mitarbeit.

Berlin, den 3. April 2009
für das Protokoll



Frank-Thomas Nitz
Referent